Ä1 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Axel Dosch

Antragstext

In Zeile 3:

Auch Bündnis 90/Die Grünen ~~tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!~~haben sich im Bundestagswahlkampf für geordnete Zuwanderung und mehr Sicherheit für alle in unserem Land eingesetzt. Denn die feigen und mörderischen Anschläge der letzten Monate zeigen, dass unser Rechtsstaat und die Sicherheitskräfte handeln müssen. Die Vorschläge aus dem "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck sind dafür ein richtiger Schritt. Zudem wollen wir darauf drängen, dass möglichst viele Punkte aus dem Sicherheitspakekt der "Ampel" von der neuen Bundesregierung verabschiedet und die Umsetzung von GEAS vorangetrieben wird.
Eine Partei, die sich selbst als Partei der Bürger- und Menschenrechte sieht, muss auch die eigene Bevölkerung vor Straftätern ggf. durch Abschiebungen aber vor allem durch Prävention, Integration und ein effektives Vorgehen der Sicherheitsbehörden. Wir als Bündnisgrüne sagen aber auch, Artikel 14a des Grundgesetzes ist unantastbar. Denn alle die friedlich und auf dem Boden des Grundgesetzes mit uns leben wollen sind willkommen, können und solllen sich mit ihren Fähigkeiten einbringen.

Begründung

Durch die Anschläge mit vielen Toten und Verletzen ist die Bevölkerung extrem verunsichert. Durch gegenseitige Blockade der Parteien in der demokratischen Mitte ist es nicht gelungen vor der BTW noch mit entsprechenden Gesetzen zu reagieren u.a. um die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur erweitern, eine Kooperationspflicht zwischen den Ländern zu etablieren und Maßnahmen zum schnellen Vollzug von jeglichen Haftbefehlen anzuleiten. Eine Willkommenskultur für Aslysuchende und zuwandernde Fachkräfte ist nur möglich, wenn die staatlichen

Organe durch präventives und entschlossenes Handeln VOR einem Gewaltakt wirkungsvoll handeln.